

# Grünpol

## Ja zu fairen Kinderzulagen



Nach 15 Jahren Diskussion steht als Kompromiss endlich das neue Familienzulagegesetz, welches in der ganzen Schweiz einheitliche Kinderzulagen vorsieht. Die Kinderzulagen sollen

neu mindestens 200 Franken monatlich betragen und werden der Teuerung angepasst. Die Ausbildungszulage von 250 Franken monatlich ermöglicht den Jugendlichen bessere Qualifikationen,

denn für eine gute Ausbildung müssen die Eltern meist tief in die Tasche greifen. Ebenfalls werden nur noch ganze Zulagen ausbezahlt, also auch wenn die Mutter oder der Vater Teilzeit arbeitet. Gerade für Familien mit mittleren und tiefen Einkommen sind Kinderzulagen ein wichtiger Beitrag zum Familienhaushalt. Alle Arbeitnehmenden und Nicht-Erwerbstätige, unabhängig von ihrem Beschäftigungsgrad, erhalten nach dem neuen Gesetz für jedes Kind eine volle Zulage. Gesamtschweizerisch werden mit diesem Gesetz die Kinderzulagen für eine Million Kinder verbessert. Die Grünen sagen daher entschieden Ja! Faire Kinderzulagen sind eine Investition in die Zukunft!

*Maya Graf, Nationalrätin*

## Nein zur Schulqualitäts-Initiative der SVP

Die Schulqualitäts-Initiative der SVP von 2002 fordert Prüfungen für den Übertritt von der Volksschule in nachfolgende Schulen wie Fachmaturitätsschulen und Gymnasien. Ihr Ziel ist es sicherzustellen, dass nur Jugendliche den Weg über solche Schulen einschlagen, die auch über die nötigen intellektuellen und willentlichen Fähigkeiten verfügen. Eine höhere Übertrittshürde solle im weiteren bewirken, dass sich mehr junge Leute wieder für Berufs-

lehren statt Gymnasien entschieden und damit die Berufslehren neu gestärkt und aufgewertet würden.

Regierung und Landrat empfehlen die Initiative zur Ablehnung, letzterer mit 52 zu 22 Stimmen. Die wichtigsten Argumente dagegen sind diese: Unser Kanton soll keine Sonderregelungen treffen, nachdem das Schweizer Volk im Mai 2006 den Bildungsartikel mit seinen Vorgaben für eine landesweite Harmonisierung des Schulwesens angenommen

### Abstimmungsparolen 26. November 2006

#### Eidgenössische Vorlagen

**Ja** zum Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Osthilfegesetz).

**Ja** zum Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz).

#### Kantonale Vorlage

**Nein** zur Volksinitiative „für eine Schule mit Qualität (Qualitätsinitiative)“ der SVP vom 17. April 2002.

hat. Im entsprechenden Projekt HarmoS sind standardisierte Leistungsmessungen sowie verstärkte Schul- und Berufsvorbereitung für alle Volksschulen unseres Landes vorgesehen. Ausserdem erfüllt das neue Bildungsgesetz von Baselland mit den Orientierungsarbeiten in

allen vierten Klassen der Sekundarstufe I schon ein Hauptanliegen der Initiative. Auch die Grünen empfehlen ein Nein zur Initiative.

*Kaspar Birkhäuser,  
Landrat aus Binningen*

## Ja zur Osthilfe - ein Akt der Solidarität

**Ein Ja zum Osthilfegesetz bedeutet für die Grünen ein Ja zur Solidarität der Schweiz mit Europa, insbesondere mit den neuen Ländern der EU.** Mit der bevorstehenden Abstimmung stehen die Zusammenarbeit mit Osteuropa und

die Glaubwürdigkeit der Beziehung der Schweiz zur Europäischen Union auf dem Prüfstein. Durch das Osthilfegesetz leistet die Schweiz einen Beitrag an Sicherheit und Wohlstand in Europa. Seit 1990 unterstützt die Schweiz demokra-

tische und wirtschaftliche Reformen in den ehemals kommunistischen Ländern Europas. Für dieses Engagement braucht es als Gesetzesgrundlage das Osthilfegesetz. Die Schweiz als reiches Land leistet finanzielle Hilfe an die ärmeren Länder in dieser Region und hilft somit, Ungleichheiten in Europa abzubauen. Die Gelder, die mit dem Osthilfegesetz nach Osteuropa bezahlt werden, gelangen nicht an den Staat, sondern werden gezielt für Projekte eingesetzt. Dabei werden Anliegen wie Umweltschutz oder Demokratie berücksichtigt. Die Schweiz entscheidet selbst, in welche Projekte sie investieren möchte. Es ist für uns klar, dass die Schweiz nicht einseitig von der EU profitieren kann, ohne sich an der Lösung der fundamentalen Probleme der Union zu beteiligen. Oder anders formuliert: die bilateralen Verträge sind nicht gratis zu haben.

*Maya Graf, Nationalrätin*

## Es geht um die Rechte und die Würde der Behinderten

**Die Grünen unterstützen das Referendum gegen die 5. IV-Revision. Diese Revision ist aus Sicht der Grünen inakzeptabel.** Sie erhöht den Druck und das Misstrauen gegenüber Menschen mit einer Behinderung massiv und legt keine Lösung zur finanziellen Sanierung der IV vor.

Das Prinzip „Integration vor Rente“, das mit der 5. IV-Revision umgesetzt werden sollte, ist zwar unterstützungswürdig. Doch mit den Entscheiden des Nationalrates wird dieses Ziel nicht erreicht. Die bürgerliche Mehrheit hat eine Revision durchgedrückt nach dem Motto: Freiheit für die Arbeitgeber, Druck und Zwang für die Menschen mit physischen und psychischen Schwierigkeiten und Behinderungen.

Eine ganze Serie von Entscheiden zeigt, dass es der bürgerlichen Mehrheit nicht

ernst ist mit der Integration. Ihnen geht es vielmehr um die Disziplinierung von Menschen, für deren Desintegration eine Wirtschaftspolitik mitverantwortlich ist, in der nur noch Wettbewerb, Leistung und Profit zählen. Zu den absolut unhaltbaren Entscheiden gehören zum Beispiel:

- keine Verpflichtung für den Bund und für private Arbeitgeber, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung zu stellen
- die Erhöhung der Beitragsdauer von ein auf drei Jahre um Anspruch auf eine Rente zu haben
- der Wegfall der laufenden Zusatzrenten für Ehepartner
- der Wegfall der laufenden Anpassung der Rente für Personen, die vor dem 45. Lebensjahr invalid wurden
- die fremdenfeindlich motivierte Kür-

zung für IV-BezügerInnen im Ausland

- Rentenkürzungen im Bereich der Pflege von schwerstbehinderten Menschen
- die Auflage für Betroffene, jede angebotene Massnahme und Arbeit zu akzeptieren

Es ist unverständlich, dass die grossen Behindertenverbände das Referendum nicht lancieren wollen. Gegen die unsägliche Missbrauchsdebatte braucht es den vereinten Widerstand aller Kräfte, die die Würde und Rechte der Menschen mit Behinderungen verteidigen. Die Grünen Baselland werden sich im Regionalkomitee beider Basel für das Referendum engagieren.

Unterschriftenbogen finden sich auf der Homepage der Grünen: [www.gruene.ch](http://www.gruene.ch) – bitte unterstützt uns beim Sammeln der 50'000 Unterschriften!

## Nein zur Südumfahrung



Standort: Naherholungsgebiet von Therwil, wo die geplante Südumfahrung mitten hindurch führen würde.

**Auch im überarbeiteten Richtplan ist die Südumfahrung weiterhin als Schnellstrasse von Allschwil über Oberwil, Biel-Benken, Therwil, Ettlingen, Reinach und Aesch zur H18 enthalten.** Dies trotz massiver Proteste der betroffenen Leimentaler Gemeinden, welche das Ansinnen an den Gemeindeversammlungen mit Mehrheiten von 1:5 bis 1:40 abgelehnt haben. Und trotz der Initiative „Keine Autobahn im Leimental“ mit ihren 5500 Unterschriften. Sogar Christian Kropf, Leiter Abteilung Verkehr der Kantonalen Verwaltung, billigt der Südumfahrung nur „möglicherweise einen minimalen Kosten-Nutzeneffekt“ zu, und das für geschätzte 1,2 Milliarden. Aber das wäre nicht der ganze Preis. Die Landschaft im mittleren Leimental, ein Naherholungsgebiet vieler Menschen, wertvolles Kulturland

und Biotope von nationaler Bedeutung gingen verloren. Die Belastung der Siedlungsränder mit Lärm und Luftverschmutzung wäre enorm.

Dem Leimental würde die Südumfahrung wenig bringen, denn wer nach Basel will, wird nicht den Umweg über Allschwil fahren. Laut dem kantonalen Raumplaner, Hans-Georg Bächtold, ist jedoch die Südumfahrung als Glied einer zweiten Nord-Süd-Achse gedacht: von Frankreich und Deutschland über die Südumfahrung, die H18 und die Transjurane nach der Westschweiz und weiter südwärts. Durch diesen Mehrverkehr wäre die H18 im Abschnitt Aesch-Eggfluh-Zwingen erst recht verstopft. Oder plant man bereits heimlich eine zweite Röhre durch die Eggfluh? Dieser internationale Lastwagenkorridor mit Namen Südumfahrung ist für das kleine

Leimental nicht tragbar. Aus Sicht der Grünen ist die Antwort klar: Keine Südumfahrung. Stattdessen befürworten wir einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

*Madeleine Göschke-Chiquet,  
Landrätin aus Oberwil*

# Uns gehört die Zukunft! Junge LandratskandidatInnen stellen sich vor



**Eva Wüthrich** (1983) Kandidatin  
Wahlkreis Sissach, Gymnasiastin

Meine Eltern haben mich Eva getauft und den Namen Wüthrich konnte ich auch nicht selber aussuchen. Ich habe bereits 20 Jahre auf dem Buckel und drücke immer noch die Schulbank am Gymnasium in Liestal, bevor ich mich voraussichtlich im Pflege- und Sozialbereich der doch recht kranken Welt widme. Drei Attribute zu meiner Person: optimistisch, hilfsbereit, kontaktfreudig. Politisch bin ich noch ein unbeschriebenes Blatt, das heisst noch ganz grün. Da ich auf einem Bauernhof aufgewachsen bin, ist mir bewusst, wie sehr wir auf ein intaktes Ökosystem angewiesen sind. Darum kann ich voll und ganz hinter den Anliegen und der Überzeugung der grünen Partei stehen.



**Simon Trinkler** (1983) Kandidat  
Wahlkreis Allschwil, Student und Präsident Junge Grüne Nordwest

Vor den Grünen Klischees hatte ich nie Angst, denn schon als kleiner Junge hatte ich den Schnecken und Igel auf dem Schulweg über die Strasse geholfen. An meine erste Sitzung mit den Jungen Grünen hat mich ein Freund mitgenommen. Die offene Art der Grünen, ihre menschenfreundliche Politik, welche auch auf Randgruppen Rücksicht nimmt und natürlich die Umweltpolitik, haben mich restlos überzeugt. Zurzeit beschäftige ich mich vor allem mit Geländewagen - den gefährlichen, benzinfressenden Strassenmonstern (siehe [www.stopoffroader.ch](http://www.stopoffroader.ch)).



**Meret Reifler** (1986) Kandidatin Wahlkreis Laufen, Maturandin

Als junger Mensch gehen mich die Probleme der Jugend und unserer Zukunft direkt etwas an. Da mit der fortschreitenden Globalisierung die internationale Konkurrenz steigt, nimmt auch der Druck auf unsere Bildung stetig zu. Die Zahl der Jugendlichen, welche keine Lehrstelle mehr finden, bleibt trotz der guten Wirtschaftslage auf hohem Niveau. Es ist enorm wichtig, insbesondere die jungen Menschen zu unterstützen und effiziente Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu finden sowie bereits vorhandene Instrumente zu stärken.



**Murielle Fitzé** (1987) Kandidatin Wahlkreis Waldenburg, Studentin der Hochschule für Pädagogik FHNW

Die Demokratie macht es uns möglich, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden. Diese Chance sollen auch junge Menschen wahrnehmen. Denn Entscheidungen bestimmen die Zukunft, und die Zukunft gehört den Jungen.

Ich will meine Möglichkeiten nutzen und der Natur eine Stimme geben. Ihr Reichtum und ihre Vielfalt sind wunderschön und wichtig. Ich will mich dafür einsetzen, unseren Nachfahren möglichst viel davon weiter zu geben.

## Landratswahlen 2007

Insgesamt kandidieren 86 Frauen und Männer für die Grünen Baselland, darunter 13 junge Erwachsene (acht Frauen und fünf Männer).